

Kleine Anfrage

des Abg. Udo Stein AfD

Mutwillig ausgelöste Fehllarme in Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber in Baden-Württemberg

Ich frage die Landesregierung:

1. In wie vielen Erstaufnahmereinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften und Einrichtungen für die Anschlussunterbringung für Asylbewerber in Baden-Württemberg sind aufgeschaltete Brandmeldeanlagen vorhanden?
2. In wie vielen Gemeinschaftsunterkünften mit aufgeschalteten Brandmeldeanlagen kam es – gestaffelt nach Kalenderjahren und Unterbringungsarten – seit September 2015 bis heute zu Alarmierungen der Feuerwehr?
3. Wie viele dieser Alarmierungen waren mutwillig ausgelöste Fehllarme?
4. Welche Gegenmaßnahmen können zur Eindämmung dieser Fehllarme ergriffen werden?
5. Können Kosten der Fehllarme den Asylbewerbern in Rechnung gestellt werden bzw. ist dies schon geschehen und wurde in diesen Fällen von den Verursachern bezahlt?
6. Wer übernimmt die Kosten, wenn der Verursacher nicht feststellbar ist oder die Kosten nicht eingetrieben werden können?
7. Welche Sanktionen können gegen die Verursacher von Fehllarmen verhängt werden?
8. Sieht sie Möglichkeiten und Bedarf zu Rechtsänderungen, damit die Verursacher der Fehllarme besser zur Rechenschaft gezogen werden können?
9. Wie hoch war der prozentuale Anteil der Einsätze aus den Fragen 2 und 3, die nur von einer freiwilligen Feuerwehr bestritten werden mussten, weil es keine Berufsfeuerwehr gab?

05.05.2017

Stein AfD

Begründung

Freiwillige wie berufliche Feuerwehren leisten in Baden-Württemberg einen wichtigen und großartigen Dienst für die Allgemeinheit. Fehllarme sind zeitraubend, kostenintensiv und schlagen auf die Moral der Feuerwehrleute. Es ist daher wichtig zu erfahren, wie sich die

aktuelle Situation gestaltet, wie sie in der Vergangenheit war, welche Schlussfolgerungen die Landesregierung daraus zieht und wo sie ggf. Handlungsbedarf sieht.